



Neues zu den EU-Programmen der nächsten Förderperiode 2014-2020

Hintergrund

Die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 und die damit verbundenen Neuverhandlungen über die europäischen Förderprogramme bestimmen derzeit die Diskussionen im Europäischen Parlament. Neben der Gemeinsamen Agrarpolitik sind die **Strukturpolitik** und das **8. Forschungsrahmenprogramm** die wichtigsten Förderprogramme für die Entwicklung unserer Region. Die Programme leisten einen großen Beitrag, die **regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu erhöhen**. In der derzeitigen Förderperiode (2007-2013) sind bereits ESF-Mittel in Höhe von ca. 13 Millionen Euro (Stand: 2012) und aus dem EFRE knapp 29 Millionen Euro (Stand: 2010) nach Unterfranken geflossen. Die Universität Würzburg hat schon von knapp 20 Millionen Euro aus dem siebten EU-Forschungsprogramm profitiert. Alleine für Dorferneuerungen flossen mehrere Millionen Euro nach Unterfranken. Über das Leader-Programm sind der Region seit 2007 6,1 Millionen Euro zu Gute gekommen und auch Städtepartnerschaften werden über einen eigenen Fördertopf gefördert. **An diese Erfolge** wollen wir in der nächsten Förderperiode **anknüpfen**.

Regionalpolitik

Im Fokus der Beratungen des Kommissionsvorschlags für eine allgemeine Verordnung über die Förderprogramme¹ stehen die Einführung von **makroökonomischen Konditionalitäten**, also die Verknüpfung mit der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, und die Einführung einer Übergangsregion. Während die Ko-Berichterstatter Lambert Van Nistelrooij (EVP, NL) und Constanze Krehl (S&D, D) die Streichung der Vorschriften zu den makroökonomischen Konditionalitäten fordern, unterstützt die CSU-Gruppe im Europäischen Parlament diese Regelung. Die Staatsschuldenkrise hat die Notwendigkeit einer soliden Haushaltspolitik deutlich gemacht. Daher ist es zu begrüßen, die Zahlungen aus den EU-Fonds künftig von wirtschafts- und haushaltspolitischen Bedingungen abhängig zu machen.

Weiterhin lehnen wir die von der EU-Kommission geplanten **Übergangsregionen** ab. Zweck der europäischen Strukturpolitik ist es, den schwächsten Regionen eine Anschubhilfe zu leisten und nicht eine dauerhafte Transferunion zu etablieren. Der Ausgang in dieser Frage ist jedoch völlig offen, da die südeuropäischen Staaten dieses Vorhaben unterstützen. Der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments hat in seiner Abstimmung Ende Mai den Zwischenkategorien bereits eine Absage erteilt.

Größere Diskussionen gibt es über die inhaltliche Ausgestaltung der einzelnen Programme. Diese stehen im Zeichen der Europa 2020 Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Die

¹ Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds KOM(2011) 615 endgültig

Schwerpunkte in den am weitesten entwickelten Regionen liegen in den Bereichen **Wettbewerbsfähigkeit von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU), Energieeffizienz und Forschung und Innovation**, die sich in großen Teilen mit den Prioritäten Unterfrankens decken. Im Interesse eines zielgerichteten Einsatzes der Mittel ist eine Konzentration auf die größten Herausforderungen der EU sinnvoll. Doch bei der Umsetzung der Vorgaben in den Mitgliedstaaten muss gewährleistet sein, dass den spezifischen regionalen Bedürfnissen Rechnung getragen wird. Die EU gibt hierfür nur den Rahmen vor, die Umsetzung der Programme und die Festsetzung der Detailvorschriften erfolgen dann auf Bundes- und Landesebene.

Die unterfränkischen Prioritäten für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung

Oberstes Ziel für Unterfranken ist, dass wir die Weichen für die Gestaltung der EU-Förderprogramme so stellen, dass Unterfranken auch in der nächsten Förderperiode wieder mindestens genauso profitiert wie in der letzten Periode. In der letzten AG-Europa-Sitzung war Dr. Henning Arp, Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München, zu Gast und hat klargestellt, dass auch in Zukunft alle Regionen Europas wieder EU-Fördermittel erhalten sollen. Weiterhin seien die Voraussetzungen, dass Unterfranken als wirtschaftlich starke Region wieder gut profitieren wird, sehr gut. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass Unterfranken in den vorgesehenen Förderschwerpunktzielen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Forschung, Innovation und kleine und mittlere Unternehmen bereits sehr gut aufgestellt ist.

Eine der großen Herausforderungen, die auf die Europäische Union und Unterfranken zukommt, ist der **demographische Wandel**. Dieser stellt die Wirtschaft und Kommunen zur **Sicherung der Grundversorgung**, wie Gesundheits- und Sozialdienstleistungen, vor neue Aufgaben. Daher ist es wichtig, dass die EU durch die Regionalpolitik Fördermittel zur Verfügung stellt, damit sich die Regionen an die sich ändernden Rahmenbedingungen anpassen können. Während die Kommission in ihrem Vorschlag für den EFRE diesen Aspekt nicht explizit erwähnt, hat der zuständige Berichterstatter den Passus „Regionen mit demographischen Herausforderungen und Benachteiligungen“ in seinen Berichtsentwurf aufgenommen. Darüber hinaus sieht der Kommissionsvorschlag „**Investitionen in die soziale Infrastruktur, die Gesundheits- und die Bildungsinfrastruktur**“ vor.

Diesen Interventionsbereich hat der polnische Berichterstatter Jan Olbrzcht (EVP) um die Bereiche Kultur-, Sport- und **Tourismusingfrastruktur** ergänzt. Wir müssen die Vorteile, die unsere ländlichen Räume bieten, nutzen. Der Tourismus bietet hier großes Wachstumspotential für Unterfranken, insbesondere in Verbindung mit dem Weinbau. Fremdenverkehr trägt zur wirtschaftlichen Entwicklung, Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Erhalt der vielfältigen europäischen Kulturlandschaft bei und sollte daher förderfähig sein.

Eine Zweckbindung von mindestens fünf Prozent der EFRE-Mittel für **nachhaltige Stadtentwicklung** ist abzulehnen, da der EFRE nicht, sondern gerade den ländlichen Raum fördern sollte. Daher fordert die CSU-Gruppe, dass die fünf Prozent der EFRE-Mittel, die für integrierte Stadtentwicklung vorgesehen sind, auch für integrierte Investitionen in "anderen territorialen Gebieten" eingesetzt werden können.

Daneben müssen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) noch gezielter gefördert werden. **Forschung und Entwicklung in KMU** ist heute schon sehr effizient, erfolgt jedoch meist nach anderen Maßstäben als in Großbetrieben. Um den Unternehmen anwendungs- und

umsetzungsorientierte Forschung zu ermöglichen hat mein Kollege aus dem Regionalausschuss, Manfred Weber, im Bereich Produkt- und Prozessinnovation einen Änderungsantrag gestellt, der vorsieht, dass der EFRE auch den Aufbau von Kapazitäten kleiner und mittlerer Unternehmen im Bereich Wachstum und Innovation unterstützt.

Die unterfränkischen Prioritäten für den Europäische Sozialfonds

Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist derzeit eines der drängendsten sozialpolitischen Probleme in der EU, wobei Deutschland europaweit die niedrigste Quote (7,9 %) aufweist. Dazu trägt unser einzigartiges duales Ausbildungssystem bei, dass neben der Hochschulbildung auch die berufliche Bildung fördert. Daher setzen wir uns – vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation auf den europäischen Arbeitsmärkten – für eine **verstärkte Verankerung der dualen Berufsausbildung in der EU** ein. Mein CSU-Kollege Manfred Weber fordert in einem Änderungsantrag, die "Schaffung und Stärkung einer praxisorientierten, wirtschaftsnahen Ausbildung von jungen Menschen durch duale Ausbildungssysteme, welche theoretische und praktische Lehrinhalte sinnvoll verknüpfen" in den Anwendungsbereich der ESF-Verordnung aufzunehmen.

8. Forschungsrahmenprogramm

„**Horizon 2020**“ ist ebenfalls im Kontext der Europa 2020-Strategie als Wachstumsprogramm zu sehen, mit dem die **Wettbewerbsfähigkeit der EU** auch in künftigen Jahren **sichergestellt** werden soll. Zudem soll es garantieren, dass Europa in Sachen Forschung weiterhin einen Spitzenplatz einnimmt.

Durch unsere hervorragende Zusammenstellung unserer Prioritäten an das Forschungsrahmenprogramm im Rahmen der AG Europa, die wir in München, Berlin und Brüssel eingespeist haben, **enthalten die Vorschläge im Kern die unterfränkischen Forderungen**.

Die **inhaltliche Struktur** des Programms, die Beibehaltung der **Verbundforschung** und die **Vereinfachungen** stoßen sowohl im Europäischen Parlament als auch im Rat auf Zustimmung. Auch wird der **integrierende Ansatz**, die Zusammenlegung der beiden bisher getrennten Programme Forschung und Innovation, begrüßt. Dieser sowie die Förderung **von Innovationen von der Idee zur Marktreife** tragen dazu bei, dass Horizon 2020 zu einem Motor der Dynamik in Europa werden kann. Offen sind nach wie vor die Höhe des Budgets sowie die detaillierte inhaltliche und strukturelle Ausgestaltung. Insgesamt kann das Programm **zur Stärkung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Unterfrankens** beitragen.

Zeitplan

Momentan beraten die zuständigen Ausschüsse die Berichte und die Änderungsanträge der einzelnen Verordnungen. Ob die Ausschüsse noch vor oder erst nach der Sommerpause abstimmen, ist noch offen.

Das Plenum wird sich erst damit beschäftigen, wenn die Beratungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen abgeschlossen sind. Nach derzeitigem Stand rechnet man mit der Abstimmung im November dieses Jahres. Erst nachdem die Finanzausstattung der EU von 2014 bis 2020 feststeht, wird über die Budgets für die einzelnen Programme beraten.